Heike Baehrens

Für Göppingen in Berlin

Ausgabe 7-Mai 2014

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

„Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden“, forderte Willy Brandt 1961 und begründete damit die moderne Umweltpolitik in Deutschland. Heute ist der Himmel über dem Ruhrgebiet wieder blau, der Umweltschutz in Deutschland eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. Mit dem Atomausstieg haben wir uns von einer sehr riskanten Technologie verabschiedet, unser Ziel ist die Vollversorgung mit Energie aus Wind, Sonne und Biomasse. Sehr engagiert hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel am Donnerstag die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf den Weg gebracht. Nehmen wir unsere Vorreiterrolle ernst, dann exportieren wir nicht nur Technologie und Maschinen, sondern ein Modell für nachhaltiges Wirtschaften und blauen Himmel — weltweit.

Im Hinblick auf die Europawahlen hat mich eine Nachricht in dieser Woche sehr gefreut. Als drittes Land nach Irland und Spanien verlässt Portugal den EU-Rettungsschirm. Die Solidarität mit unseren südlichen Nachbarn zahlt sich aus. Die europäische Wirtschaft erholt sich langsam, die Arbeitslosigkeit sinkt. Wenn auch noch ein weiter Weg zu gehen ist, ist dies ein wichtiges Zeichen vor der Europawahl gegenüber den sogenannten „Euro-Skeptikern“.

Ihre/Eure

EEG-Novelle

Mit der Reform des EEG wollen wir, Er die Energiewende planbar und berechenbar gestalten. Versorgungssicherheit und günstige Preise sind Grundvoraussetzungen für ihr Gelingen. Deshalb müssen die Kosten des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren sinken und gerechter verteilt werden. Auf einer juristisch stabilen Grundlage werden zukünftig solche Industriezweige, die im internationalen Wettbewerb stehen, von der Umlage befreit. Gleichzeitig werden jene, die keine Konkurrenz aus dem Ausland fürchten müssen, ihren fairen Anteil an den Kosten zu übernehmen haben, so wie jede Bürgerin und jeder Bürger in diesem Land.

Mir persönlich ist es besonders wichtig, dass kleine Energieerzeuger unterstützt werden. Sigmar Gabriel hat versprochen, dass sie durch die EEG-Reform keine Nachteile auf dem Markt bekommen. Das ist ein wichtiges Zeichen. Bürgerwindparks und Energiegenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag zur Energiewende und zeigen Zukunftsmodelle für eine dezentrale Organisation der Stromproduktion auf.

Entlastungen in der GKV

20 Millionen Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden nach Prognosen der Bundesregierung im nächsten Jahr entlastet. Der derzeitige Beitragssatz wird dazu von 15,5 Prozent auf 14,6 Prozent gesenkt. 7,3 Prozent entfallen dabei auf die Arbeitgeberseite und 7,3 Prozent auf die Arbeitnehmerseite. Mit dem „Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV-FQWG) bekommen die 133 Krankenkassen die Möglichkeit, individuell je nach Finanzlage einen einkommensbezogenen Zusatzbeitrag als Zuschlag auf den Beitragssatz zu erheben. Ein solcher Zusatzbeitrag müsste derzeit jedoch allein von den Arbeitnehmern getragen werden, weil die CDU/CSU keine weitere Belastung der Arbeitgeber wollte.

Palliativmedizin

Die Würde des Menschen ist unantastbar, so fordert es Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Die Palliativmedizin lindert die Beschwerden und Schmerzen todkranker Menschen. Damit gehört die Palliativmedizin zum Kernbereich der Forderung des absoluten Schutzes der Menschenwürde. Sie bietet Begleitung und Stütze in der letzten Lebensphase.

Wir wollen die Versorgung todkranker Menschen weiter verbessern. Dazu sollen ambulante Hospizdienste und stationäre Hospize gestärkt werden. Außerdem arbeitet der Deutsche Bundestag an einer Positionierung zur Frage der aktiven Sterbehilfe in Deutschland. Dieses sensible und sehr emotionale Thema, welches das Leben und die Würde des Menschen ganz grundlegend betrifft, kann nicht entlang von Fraktionsgrenzen entschieden werden. Deshalb wird es fraktionsübergreifende Gruppenanträge geben. Im Mittelpunkt der Debatte steht die Straffreiheit bei der Beihilfe zur Selbsttötung. Wir halten eine umfassende Auseinandersetzung und breite gesellschaftliche Debatte für erforderlich. Eine Beschlussfassung wird erst für Mitte 2015 angestrebt.

Ukraine-Krise

Eine konstruktive Zusammenarbeit der beteiligten Parteien des derzeitigen Ukraine-Konflikts hat bewirkt, dass die OSZE-Geiseln am Wochenende freigelassen wurden. Ein Beweis dafür, dass diplomatische Anstrengungen lohnen. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt daher die Forderung Frank-Walter Steinmeiers nach einer zweiten Genfer Konferenz unter Beteiligung aller Konfliktparteien.

Dieser Tage wird häufig von einem neuen „Kalten Krieg“ gesprochen. Der Kalte Krieg ist Gott sei Dank vorüber und der heutige Konflikt in seiner Schärfe bisher nicht annähernd vergleichbar. Trotzdem lohnt es sich zu reflektieren, was zur Entspannung zwischen den „Kalten Kriegern“ geführt hat. Die

„Neue Ostpolitik“ war eng verbunden mit Egon Bahrs prägnanter Formel vom „Wandel durch Annäherung“. Es sind nämlich durchaus Zweifel angebracht, ob wir mit der Fortsetzung unserer bisherigen Haltung gegenüber Russland die konfliktreiche Konstellation in Mittel-Ost- und Osteuropa ändern können. Die derzeitige Situation in der Ukraine zeigt, dass wir möglichst unvoreingenommen unser Verhältnis zu Russland neu zu denken haben, wenn wir zukünftig solche Konflikte verhindern wollen. Das Ukraine-Problem kann nicht isoliert gelöst werden, sondern ist Teil eines tieferen Ost-West-Konflikts. Eine Lösung gibt es nur, wenn die wichtigsten Beteiligten — allen voran in Moskau und Kiew — bereit sind, den Weg der Entspannung zu gehen. Erhard Eppler hat in seinem Essay im Spiegel (18/2014) meiner Meinung nach sehr gut die Probleme und mögliche Auswege auf den Punkt gebracht.

Moderne Partnerschaft — mehr Zeit für Familien

Die Vorstellungen eines erfüllten Familienlebens haben sich verändert. Junge Eltern wünschen sich heute, dass die Aufgaben in Beruf und Familie von beiden Partnern gleichmäßig übernommen werden können. Die Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) soll diesen Wünschen Rechnung tragen.

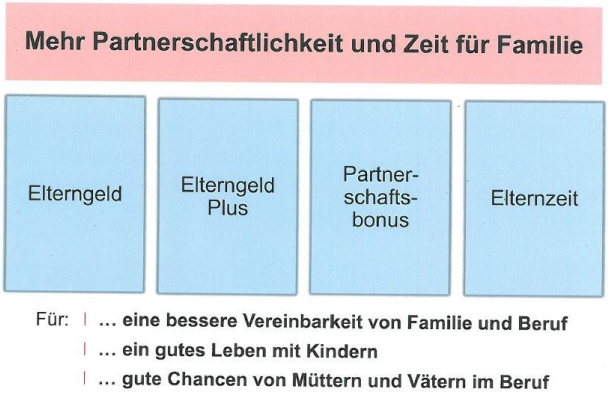
Mit dem ElterngeldPlus können Eltern, die in Teilzeit arbeiten, länger Elterngeld beziehen und damit das Minus ausgleichen, das ihnen bei Teilzeit im bisherigen Elterngeld entsteht. Ein früher Wiedereinstieg in den Beruf, den sich viele junge Eltern wünschen, soll sich auch für jene lohnen, die dies in Teilzeit tun.

Das ElterngeldPlus wird außerdem von einem Partnerschaftsbonus ergänzt. Dieser ebnet Eltern den Weg zu einer gleichberechtigten Aufgabenteilung in Familie und Beruf. Wer sich gemeinsam um das Kind kümmert, wird länger gefördert.

Es wird mehr Freiheit in der individuellen Nutzung der Elternzeit geben und der Anspruch darauf wird von 12 auf 24 Monate angehoben.

Mit der Reform des Bundeselterngeld– und Elternzeitgesetzes wollen wir Eltern mehr Zeit für ihre Familie geben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und den Grundsatz der Partnerschaftlichkeit in der Familie stärken.

Auf dem Weg zur Familienarbeitszeit …



Durchbruch in der Hebammenhilfe

Nach einer intensiven und guten Zusammenarbeit hat die Arbeitsgruppe „Versor-gung mit Hebammenhilfe“ Ende April ihren Abschlussbericht vorgelegt. In der Arbeitsgruppe haben Vertreter der Hebammen, der gesetzlichen Krankenversicherungen sowie der Versicherungswirtschaft Lösungsvorschläge erarbeitet. Nun liegt ein Angebot der Versicherungswirtschaft vor, wie die flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe und die Möglichkeit der freien Wahl des Geburtsortes zumindest bis Sommer 2016 sichergestellt werden können. Die Berufshaftpflichtversicherung für Hebammen steht im Mittelpunkt der Probleme, da immer weiter steigende Versicherungstarife die wirtschaftliche Existenz vieler Hebammen bedrohte. Weiterhin wurden kurzfristige Erhöhungen im Bereich der Vergütung vereinbart.

Auf Grund verfassungsrechtlicher und sozialversicherungstechnischer Schwierigkeiten bei der Umsetzung einiger Vorschläge wird das Gesundheitsministerium längerfristige Lösungen weiter prüfen. Das wurde zugesagt.

Investieren – konsolidieren – entlasten

Die Steuerschätzung vom vergangenen Wochenende hat eine Diskussion um Steuersenkungen entfacht. Die Einnahmen des Bundes sind nominal so hoch wie noch nie. Rechnet man die Inflation jedoch dagegen, wird deutlich, dass dem Staat real sogar weniger Mittel zur Verfügung stehen. Thomas Opperman hat auf der letzten Fraktionssitzung sehr gut auf den Punkt gebracht, dass eine verantwortungsvolle Finanz– und Haushaltspolitik einen Dreiklang schaffen muss: investieren, öffentliche Haushalte konsolidieren und kleine und mittlere Einkommen entlasten. In diesen Dreiklang ordnen wir auch die Diskussion um den Abbau der kalten Progression ein, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinem und mittlerem Einkommen trifft und deren Abbau deshalb auch von den Gewerkschaften gefordert wird. Wir unterstützen diese Forderung. Aber Steuererleichterungen, dazu gehört die Abmilderung der kalten Progression, dürfen nicht zu Lasten öffentlicher Investitionen gehen.

Rüstungsexporte

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für mehr Transparenz bei Rüstungsexporten ein. Der Antrag, der diese Woche dazu in den Deutschen Bundestag eingebracht wurde, sieht vor, dass der jährliche Rüstungsexportbericht in Zukunft bereits vor der Sommerpause veröffentlicht werden soll und durch einen Zwischenbericht im Herbst ergänzt wird. Der Deutsche Bundestag soll außerdem früher und besser über Rüstungsexporte informiert werden. Künftig soll der Bundessicherheitsrat den Bundestag unverzüglich über das Exportgut, die Anzahl der Güter und das Empfängerland informieren.

Der Bundessicherheitsrat ist ein Ausschuss des Bundeskabinetts unter dem Vorsitz der Bundeskanzlerin, der Export von Rüstungsgütern muss vom Bundessicherheitsrat zuvor genehmigt werden.

Bilder der Woche

Besuch aus dem Landkreis Göppingen in Berlin

Weltladentag im Eine-Welt-Laden Göppingen

Parlamentarische Fahrradtour Bild: ZIV

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen

Heike Baehrens

SPD

Termine 12. Mai — 18. Mai 2014

Montag, 12. April, 10:00 Uhr
Aktionstag „Rettungspaket Pflege“, Samariterstift Geislingen

11:30 Uhr
Aktionstag Altenpflege 2014, Michael-Hörauf-Stift

Dienstag, 13. Mai, 9:00 Uhr
FairCare-Tagung Diakonie „Häusliche Betreuung legal und bezahlbar“

Mittwoch, 14. Mai, 13:00 Uhr
Gespräch und Rundgang Christophsbad

Donnerstag, 15. Mai, 12:00 Uhr
Baden-Württemberg Meisterschaften Hotel- und Gaststättengewerbe

Freitag, 16. Mai, 11:30 Uhr
Gespräch und Werksbesichtigug Heel Deutschland, Baden-Baden

16:00 Uhr
Runder Tisch Infrastruktur

Kreisverband Göppingen SPD — ANPACKEN. FÜR UNSEREN LANDKREIS.

Jusos GP

SPD Baden-Württemberg

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Bürgerbüro

Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen

Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 988 36 44

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

www.heike-baehrens.de

www.facebook.com/heike.baehrens